

Medien sonst regelmäßig als »Lügenpresse«. Ein Begriff, den die Nazis eingeführt hatten. Im Rampenlicht der Medien wird auch bewusst sprachlich abgerüstet. Wenn sie in Diskussionen mit ihren populistischen Aussagen konfrontiert werden, folgen nichtssagende schwache Antworten. Auf die Frage, warum beispielsweise Sachsen über eine Islamisierung beunruhigt sein sollte, wo doch nur etwa ein Prozent der Bevölkerung in Sachsen Muslime sind, lautet die Antwort, dass Deutsche auch für den Regenwald demonstrieren, obwohl es in Deutschland keinen gibt. Die zunehmende Verschmelzung von PEGIDA und AfD bleibt nicht nur ein besorgniserregendes Phänomen. Die Erfolge von beiden besonders im Zusammenhang mit der politischen Diskussion um die multikulturelle Gesellschaft, Zuwanderung und Flüchtlinge aber auch Kriminalitätsbekämpfung, haben gezeigt, dass hier nicht zum ersten Mal ein politischer Nerv getroffen wurde. Buchautoren wie Thilo Sarrazin mit seinen Gen-Theorien oder Peter Hahne und seine Rettung des »Zigeunerschnitzels« lassen grüßen.

Die Frage von unterschiedlichen Hautfarben oder ethnischen Abstammungen werden nicht den Inhalt des neuen Rassismus bestimmen. Vielmehr werden Religion, politische Überzeugung und soziale Klassen zur Farbenlehre und damit zur Quelle der weiteren Polarisierung und Spaltung in unserer Gesellschaft. Die Gründe dafür sind zahlreich: Zum einen, weil die historischen Ereignisse, die einst halfen beispielsweise Rassismus und Antisemitismus zu tabuisieren, in weitere Ferne rücken und weil allgemeinverbindliche Grundwerte, wie Menschenwürde und vor allem Gleichheit, sich immer weiter auflösen und zu inhaltsleeren Worthülsen verkommen. Auch die Tendenz im Internet gesellschaftliche Tabus konsequent in Frage zu stellen und zu brechen, ohne die Konsequenzen für den sozialen Frieden zu realisieren und die größer werdende Kluft zwischen einer Oberklasse, für die eine multikulturelle Gesellschaft gerade »en Vogue« ist und einer Mittel- und Unterklasse, die sich beide als Verlierer fühlen.

Wenn wir Rassismus für die Zukunft wirksam bekämpfen und unsere Demokratie retten wollen, dann müssen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern überzeugend vermitteln, dass egal welche sexuellen, weltanschaulichen, kulturellen, sozialen, religiösen oder sonstigen Unterschiede wir auch haben, wir als menschliche Wesen gleich fühlen, denken und leiden. Wir müssen endlich unsere Vorurteile beiseitelegen und uns gegenseitig mit dem gleichen Respekt und Verantwortungsbewusstsein behandeln, wieder lernen, Mitgefühl füreinander zu haben und neugierig aufeinander zu sein.

■ Stephan J. Kramer ist Gründungstifter der Internationalen Wochen gegen Rassismus und director of AJC's European Office on Anti-Semitism, Brüssel. Er kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt: sjkramer@compuserve.com

WIDERSTAND GEGEN RECHTSEXTREMISMUS – EINE CHRISTENPFLICHT

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Die Kirchen übernehmen ›hochhoffiziell‹ Verantwortung: »Wer die Würde und das Recht von Menschen missachtet, wer andere Menschen hasst, verletzt oder gar ermordet, der handelt gegen den Willen Gottes.« So urteilen gemeinsam der Ratsvorsitzende der EKD und der Vorsitzende der DBK anlässlich der zentralen Gedenkfeier für die Ermordeten des »Nationalsozialistischen Untergrunds« im Frühjahr 2012. Und weiter: »Gemeinsam müssen wir Ausgrenzung und Hass überwinden und zu Frieden befähigen. (...) Es geht darum, den Auftrag Jesu zur Nächstenliebe umzusetzen. Gerade Menschen anderer Herkunft und anderen Glaubens brauchen unsere besondere Fürsorge und unseren Einsatz.«

I.

Natürlich verwundert es niemand, dass Kirchen gegen jede Form von Hass und Gewalt ihre Stimme erheben – egal ob sie politisch rechts oder links motiviert ist, ob sie in häuslicher oder sexueller Gewalt gegen Schutzbefohlene ausartet oder in labilen Staaten zwischen verfeindeten Bürgerkriegsparteien einen brutalen Flächenbrand aus-

löst. Was macht die Widerstandspflicht von Christen gegen Rechtsextremismus in Deutschland so besonders?

Unter Rechtsextremismus werden gemeinhin solche Einstellungs- und Handlungsmuster verstanden, deren »verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen« (Brähler/Decker) sind. Politisch zeigt sich der Rechtsextremismus im Hang zu autoritären Re-

gimen, in einem chauvinistisch-völkischen Überlegenheitsdünkel und damit in handgreiflicher Gewalt gegen alle, die scheinbar »nicht dazugehören«: Überfälle auf Ausländer, Lesben und Schwule, Behinderte, Obdachlose; Brandanschläge auf Synagogen und Asylbewerberunterkünfte; gezielte Mordanschläge auf türkisch- und griechischstämmige Ladenbesitzer.

Rechtsextremismus ist auch ein soziales Phänomen: antisemitische, fremdenfeindliche und sozial-darwinistische Einstellungen sind fruchtbarer Nährboden, auf dem die Bereitschaft zu handgreiflicher Gewalt gedeihen kann. Solche Einstellungen fallen nicht vom Himmel. Sie sind oftmals das Ergebnis tiefer Verunsicherungen von Menschen, die die Komplexität und Konflikthaftigkeit heutiger Gesellschaften hoff-

nungslos überfordert und sich ohnmächtig fühlen lässt; die sich benachteiligt fühlen und ihren sozialen Abstieg fürchten; die deshalb allzu schnell in die geborgenheitsstiftende Identität eines Wir-Gefühls flüchten, das durch Abgrenzung und Machtdemonstrationen gegen wehrlose Andere seine Stärke sucht und so die Ohnmachtsgefühle der Beschämten, der Verunsicherten, der Ängstlichen kompensieren will.

Und darin liegt die besondere Gefahr des Rechtsextremismus: Er kann von einem Nährboden zehren, der bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Kundige Zeitdiagnosen sprechen von einer »Gesellschaft der Angst« (Bude), die nahezu alle Bevölkerungsgruppen erfasst hat oder zumindest erfassen kann. Es ist die beunruhigende Angst, jederzeit ins gesellschaftliche Aus abrutschen zu können und aller bergenden Sicherheiten verlustig zu gehen. Diese Angst in der Gegenwart vor der Zukunft ist paradoxerweise Preis unserer Freiheit. Freiheit setzt ja voraus, dass nicht schon alles fest geordnet, vereinfacht und gesichert ist. Die Verlockung ist groß, durch klare Ansagen, eindeutige Weltbilder, homogene Gruppen den Zumutungen solcher Freiheiten zu entgehen.

II.

Das Prinzip der Fundamentalgleichheit aller Menschen abzulehnen verstößt nicht nur gegen die Fundamentalnorm unseres Grundgesetzes »Die Würde des Menschen ist unantastbar«. Die Ablehnung verstößt zugleich gegen dessen geistesgeschichtliche Wurzeln. Sie verstößt gegen die absolute Gleichheit allerer, die nach Auskunft der jüdisch-christlichen Tradition als Ebenbilder Gottes in ihrer Schöpfung Ihm ähnlich sind, nämlich alle Menschen, alle Frauen und Männer, alle Kinder und Greise, alle Leistungsfähigen und Leistungsgeborenen usw. Jeder Mensch ist gleichwertig: »Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr seid ›einer‹ in Christus Jesus!«, schreibt Paulus schon den ersten Christen ins Stammbuch. Natürlich gibt es nach wie vor vielfältige Unterschiede zwischen Menschen wie es nach wie vor noch Juden und Christen oder Männer und Frauen gibt. Der Regenbogen der Menschheitsfamilie ist und bleibt bunt. Nur gibt



es keinerlei Berechtigungen mehr, die Menschheitsfamilie in mehrwertig und minderwertig einzuteilen und das Minderwertige auszumerzen – womöglich sogar zur vermeintlichen Ehre des biblischen Gottes!

Dass Paulus so vehement dieses Diktum seinen Gemeinden einzuschärfen sich müht, offenbart: Auch die frühen Christen waren keinesfalls vor Selbstüberhöhungen und chauvinistischen Anwendungen gefeit. Das hat sich bedauerlicherweise bis heute erhalten. Zu keiner Zeit gab es einen Automatismus zwischen gebotener christlicher Einstellung und entsprechendem Handeln. Wie die Geschichte des Christentums belegt, gewannen antiegalitäre Tendenzen immer wieder die Oberhand und verbreiteten furchtbare Schrecken. Mitunter wurden sie sogar theologisch überhöht, wie man etwa in der Sklavenfrage bei Thomas von Aquin oder in der Behindertenfrage bei Martin Luther und bei manchen katholischen Bischöfen während der NS-Zeit studieren kann. Deshalb verwundert es nicht, dass rechtsextremes Gedankengut auch bei denen fruchten kann, die sich selbst zu den überzeugten Christen zählen. Denn auch Christen sind nicht vor jenen tiefgreifenden Ängsten und Verunsicherungen geschützt, die sie den Versuchungen von Fundamentalismen und anderen Extremen aushändigen und alles Fremde als Sündenböcke ans Kreuz schlagen lassen.

Christlicher Widerstand gegen Rechtsextremismus beginnt deshalb bei den

Christen selbst. Empirische Studien belegen eine besondere Anfälligkeit von Christen für rechtsextremistische Versuchungen. Diese bestürzende Erkenntnis erhärtet die Vermutung, dass rechtsextremistische Einstellungsmuster vergleichsweise unproblematisch an eingewohnte religiöse Lebensmuster anschließen können – besonders im Spektrum evangelikaler oder römisch-katholischer Christen, die sich bis heute gegen die tiefgreifenden Reformen ihrer Kirche seit dem letzten Konzil sperren und eine Erneuerung blockieren. Alle diese Christen neigen zu einem ängstlichen Weltbild, zum Streben nach klarer Ordnung und einfacher Wahrheit oder zu blinder Autoritätsfixierung. Christen und Kirchen müssen sich deshalb zuerst fragen (lassen), welche Bilder sie von Anderen zeichnen, ob sie auf Augenhöhe mit Anderen sprechen. Sie müssen sich fragen (lassen), wie sie in ihren eigenen Reihen ›gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten‹ (Heitmeyer) thematisieren; wie sie eigene Vorurteilsstrukturen und Hierarchisierungen reflektieren; und vor allem: wie sie sich selbst befähigen, den fundamentalistischen und verabsolutierenden Versuchungen ihrer eigenen Traditionen und Gewohnheiten zu widerstehen.

III.

Natürlich kennt die christliche Widerstandspflicht auch eine politische Seite. Christen sind Teil der gesellschaftlichen »Großbewegung zur Verteidigung menschlicher Würde« (Johannes Paul

II.). In unserem demokratischen Verfassungsstaat gibt eine breite Palette von Formen der Verteidigung menschlicher Würde und damit des Widerstands gegen Rechtsextremismus. Sie reichen von der Unterstützung polizeilicher und staatsrechtlicher Mittel über die unterschiedlichsten Instrumente politischer Aufklärung wie der Entängstigung Verunsicherter bis hin zu jenen symbolischen Aktionen der Sitzblockaden gegen rechte Demonstrationen usw., die als Formen zivilen Ungehorsams bezeichnet werden. Ungehorsam sind Zivilisten dann, wenn sie bewusst gegen rechtmäßige Entscheidungen der staatlichen Gewalt verstoßen (z.B. eine genehmigte Demonstration verhindern). Moralisch legitim ist dieser Ungehorsam dann, wenn er öffentlich und gewaltlos auf Fälle schwerwiegender Ungerechtigkeit aufmerksam machen und so gegen sie vorgehen will. Ziviler Ungehorsam muss in der politischen Auseinandersetzung immer letztes Mittel sein. Denn er will nie das demokrati-

sche Gemeinwesen schwächen, sondern stärken, und das geht keinesfalls durch leichtfertiges Übertreten staatlicher Entscheidungen und Regelungen. Und er muss mit der Bereitschaft der zivil Ungehorsamen verbunden sein, im Fall der Fälle für die rechtlichen Konsequenzen einzustehen – also gegebenenfalls Bußgelder zu bezahlen, mit denen der Staat sich das Wegtragen sitzender Blockierer bezahlen lässt. Gerade diese Bereitschaft, so unerfreulich und schmerzhaft sie für den Ungehorsamen sein mag, dokumentiert dessen zutiefst gewissenhaftes Motiv.

Christen stehen in dieser Widerstandsform gegen Rechtsextremismus durchaus in einem Dilemma. Zu Recht kann und muss jeder Staat um eines friedvollen Zusammenlebens willen von allen Bürgern Loyalität zu seinen Entscheidungen und Regelungen verlangen. Auch das wusste schon Paulus: »Jeder leiste der staatlichen Gewalt den geschuldeten Gehorsam« (Röm 13,1).

Zugleich kennt die christliche Tradition immer schon das entscheidende Korrektiv: Jede Loyalität besitzt dort ihre Grenze, wo elementare Grundsätze von Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit verletzt werden. Hier darf, ja muss widerstanden werden. Denn nur so kann in Grenzfällen jener Einsicht gefolgt werden, die weit über das Christentum hinaus mit der Akzeptanz aller rechnen kann, die um die grundsätzliche Fehlbarkeit allen menschlichen Handelns wissen: »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« (Apg 5,29).

■ Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl ist Professor für Theologische Ethik/Ethik sozialer Professionen an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin.

■ Kontakt:
Andreas.Lob-Huedepohl@KHSB-Berlin.de

WÜRDEN SIE SICH VORSCHREIBEN LASSEN, WIE SIE ZU LEBEN HABEN?

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

Konflikte sind ein Zeichen gelungener Integration. Denn je integrierter Menschen sind, desto stärker wollen sie mitgestalten, verändern, Ansprüche erheben, Interessen vertreten, sich organisieren.

■ Ich könnte zum Einwanderungsland Deutschland zehn Minuten Schlechtes erzählen und müsste nicht lügen. Es gibt Probleme. Da aber über diese Probleme ausführlich berichtet wurde und wird, kann ich Ihnen nichts erzählen, was Sie nicht schon wüssten.

Deshalb mache ich es anders und erzähle über einige Erkenntnisse, die bei mir selbst zu einem Perspektivwechsel geführt haben. Denn: Vorurteile sind hartnäckig.

Nehmen wir das Kopftuch. Das Kopftuch ist etwas, worüber gestritten wird und worüber auch gestritten werden kann! Diese Diskussion findet selbst unter Muslimen statt. Aber was bedeu-

tet dieses Stück Stoff überhaupt? Und wie funktioniert es in Deutschland? Ich meine also keine theologische oder historische Analyse, sondern ich frage danach, was es in der Praxis heute in Deutschland bedeutet, ein Kopftuch zu tragen.

Ich habe mit Frauen gesprochen, die das Kopftuch über viele Jahre trugen und es dann irgendwann abgelegt haben. Was waren ihre Erfahrungen? Ich war selbst überrascht und musste meine Vorstellungen neu sortieren. Diese Frauen fühlten sich, nachdem sie das Kopftuch abgelegt hatten, nicht mehr wahrgenommen. Kaum jemand guckte sie mehr an. Und das lag nicht daran, dass sie unattraktiv wären, sondern daran, dass sie nun nicht mehr auffielen.

Das Kopftuch wirkt zunächst so, als würde es Frauen entmündigen, schüchtern und ängstlich halten. Darauf können sich viele Menschen schnell einigen, das ist das klassische Vorurteil. Aber wenn eine Frau in Deutschland ein Kopftuch trägt, dann ist sie keine Ameise im Armeisenhaufen, wie das vielleicht in manch einem muslimischen Staat wäre. Ein Kopftuch zu tragen bedeutet nämlich aufzufallen, beobachtet und angegafft zu werden, in Diskussionen mit Fremden und in der Regel skeptischen Menschen verstrickt zu werden, sich permanent rechtfertigen zu müssen. Es schützt nicht!

Im Gegenteil: Es gehört eine gehörige Prise Selbstbewusstsein dazu und diejenigen, die das Kopftuch tragen, müssen hart im Nehmen sein. Es gibt die Fälle von Zwang, aber es sollte jedem auch klar sein, dass dies nicht die Regel ist. Häufig genug tragen junge Frauen eins, während ihre Mütter dies nicht